Deutscher Bundestag
9. Wahlperiode

Drucksache 9/198

23. 02. 81

Antrag

der Abgeordneten Lorenz, Baron von Wrangel, Jäger (Wangen), Graf Huyn, Sauer (Salzgitter), Böhm (Melsungen), Lintner, Werner, Frau Roitzsch, Lowack, Diepgen, Schwarz, Würzbach, von der Heydt Freiherr von Massenbach, Niegel und der Fraktion der CDU/CSU

Politische Häftlinge in den Haftanstalten der DDR

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

a) die Situation der politischen Häftlinge in den Haftanstalten der DDR einschließlich ihrer Beurteilung aus der Sicht der auch für die DDR geltenden menschenrechtlichen Vertragsbestimmungen dem Deutschen Bundestag mit einem detaillierten Bericht zur Kenntnis zu bringen,

b) in unmittelbaren Gesprächen mit der DDR-Regierung und auf andere geeignete Weise auf eine Humanisierung der Haftbedingungen der politischen Häftlinge mit dem Ziel der Einhaltung der auch für die DDR geltenden Menschenrechtsnormen hinzuwirken.

Bonn, den 23. Februar 1981

Lorenz
Baron von Wrangel
Jäger (Wangen)
Graf Huyn
Sauer (Salzgitter)
Böhm (Melsungen)
Lintner
Werner
Frau Roitzsch
Lowack
Diepgen
Schwarz
Würzbach
von der Heydt Freiherr von Massenbach
Niegel
Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

Begründung umseitig

Begründung

Alle aus der DDR dringenden Informationen weisen darauf hin, daß die Behandlung der politischen Häftlinge in den Haftanstalten der DDR in erheblichem Umfang gröblich gegen die allgemeinen und die speziell für Häftlinge geltenden Menschenrechte der Vereinten Nationen verstößt.

Der Deutsche Bundestag hat einen Anspruch darauf, über die Situation dieser Häftlinge umfassend unterrichtet zu werden. Darüber hinaus bietet der innerdeutsche Grundlagenvertrag der Bundesregierung nicht nur eine Rechtsgrundlage, sondern im Hinblick auf ihre Schutzpflicht für alle Deutschen auch dringenden Anlaß, mit der DDR-Regierung so bald wie möglich in Gespräche einzutreten, mit denen darauf hingewirkt wird, allen politischen Häftlingen den Schutz der Menschenrechte zu sichern, zumindest aber eine Humanisierung ihrer Haftbedingungen zu erreichen. Damit könnte die Bundesregierung auch dem in ihrer Antwort vom 20. September 1979 auf die Große Anfrage der CDU/CSU zur Verwirklichung der Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen – Drucksache 8/3188 – zum Ausdruck gebrachten Grundsatz entsprechen, der dort wie folgt formuliert ist:

„Die Verwirklichung der Menschenrechte ist ein wesentliches Ziel der Politik der Bundesregierung. Es steht im Vordergrund ihrer Mitarbeit in den Vereinten Nationen, ist ein zentrales Element ihrer Friedenspolitik und bestimmt im besonderen auch ihre Politik gegenüber der DDR."

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0172-6838